

Schicksalsjahr einer Königin

Regierungsrätin Barbara Janom Steiner steht vor zwei entscheidenden Abstimmungen

Kein Mitglied der Bündner Regierung ist beliebter als Barbara Janom Steiner. An der Urne tut sich die Finanzdirektorin demächst aber wohl schwer: Zwei Reformvorhaben stossen auf Widerstand – und könnten abgelehnt werden.

VON OLIVIER BERGER

Es war ein historischer Erfolg. Bei den Regierungsratswahlen vom 18. Mai erzielte die Bündner Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner das beste Resultat aller Kandidatinnen und Kandidaten. Am Ende lag sie knapp die BDP-Magistratin knapp vor ihrem CVP-Regierungskollegen Mario Cavigelli; der Rest der Regierung folgte mit deutlichem Abstand. SP-Erziehungsdirektor Martin Jäger etwa brachte es gerade noch auf gut zwei Drittel von Janom Steiners Stimmen.

Zumindest kantonale ist die erst zweite Frau in der Bündner Regierung damit aus dem Schatten ihrer Parteikollegin und Vorgängerin Eveline Widmer-Schlumpf getreten. Die heutige Bundesrätin hatte zwar bei ihrer Wahl im Jahr 1998 ebenfalls das beste Resultat aller Kandidatinnen und Kandidaten erzielt; bei den folgenden Bestätigungswahlen der Jahre 2002 und 2006 stand Widmer-Schlumpf immer einer ihrer Kollegen vor der Sonne. Mit Janom Steiners Glanzresultat hatte sich bestätigt, was die Umfragen im Auftrag der «Südostschweiz» sowie des romanischen Radios und Fernsehens im Vorfeld prophezeit hatten: Schon lange vor den Wahlen war die Rede von «Super-Barbara» gewesen.

«**SUPER-BARBARA**» WEHT derzeit sachpolitisch aber eine steife Brise entgegen. Ausgerechnet die beiden grössten Reformprojekte ihres Departements für Finanzen und Gemeinden drohen zu scheitern: die Neuregelung des innerkantonalen Finanzausgleichs und die Anschlussgesetzgebung zur Gebietsreform. Das Referendum gegen den Finanzausgleich haben Anfang Jahr rund 2000 Personen unterzeichnet; zudem ergriffen 19 Gemeinden ebenfalls das Referendum gegen die Vorlage – ein Novum in der 211-jährigen Geschichte des Kantons Graubünden.

Auch über die Gebietsreform wird letztlich das Stimmvolk sein Urteil fällen (siehe Frontseite). Beide Referenden haben gute Aussichten auf Erfolg. Dies, weil sich die Vorlagen gleichen. In beiden Fällen ist der Handlungsbedarf unbestritten, beide Vorlagen sind vom Grosse Rat genehmigt worden. Beide Vorlagen sind aber auch hochkomplex und schwierig zu erklären. Emotionen wecken nur – von den Gegnern gezielt geschürte – Ängste in den Talschaften.

JANOM STEINERS REFORMVORHABEN sind längst zum Spielball innenpolitischer bündnerischer Machtspiele geworden. Der Finanzausgleich etwa, noch von Janom Steiners Vorgänger, dem heutigen Ständerat Martin Schmid aufgegleist, wurde im Sinn und Geist der Gemeinden nachgebessert. Treibende Kraft hinter dem Referendum war aber ausgerechnet Schmid's eigene Partei, die FDP. Die



Das Makeup sitzt schon einmal: Regierungsrätin Barbara Janom Steiner rüstet sich für ihre dritte und vielleicht entscheidende Amtsperiode.

OLIVIA ITEM

Gebietsreform, ebenfalls ein Kind aus Schmid-Tagen, wird dagegen zum Plebiszit über das künftige Verhältnis von Zentrum und Randregionen in Graubünden werden. Ausgerechnet der Unterengadinerin Janom Steiner fällt dabei die eher zweifelhafte Rolle als Verfechterin des Zentralismus zu. In dieser Rolle kann sie nur verlieren: die Abstimmung oder die Sympathien in jenen kleineren Talschaften, wo ihre Reformpläne auf Reaktionen zwischen Skepsis und offener Ablehnung stossen.

Bündens Polit-«Königin» Janom Steiner droht ausserdem zum Opfer eines Mechanismus zu werden, der sich in der Schweiz schon länger und in Graubünden in den letzten Jahren abzeichnet. Die offizielle Politik der Mandatsträger sitzt tief in der Demokratiefalle. Vorbei sind jene Zeiten, wo der Bürger einer etwas schwer verdaulichen Vorlage aus dem Rat- oder Regierungshaus per Vertrauensvorschuss sein Plazet er-

teilt hatte. Früher wurde, was vielleicht nicht restlos verstanden wurde, auf Vorrat bewilligt. Heute sagt das Stimmvolk in solchen Fällen sicherheitshalber erst einmal nein. Kultiviert wurde diese Geisteshaltung ironischerweise von jener Partei, welcher Janom Steiner bis zur Spaltung in neue SVP und BDP als Präsidentin vorstand: der früheren SVP.

BEI DEN BEIDEN ABSTIMMUNGEN über Finanzausgleich und Gebietsreform entscheidet sich natürlich nicht allein, wie Regierungsrätin Janom Steiner in Erinnerung bleiben wird. Aber es sind schicksalhafte Urnengänge – einerseits für Graubündens politische Zukunft, andererseits aber auch für die Magistratin selber. Ein Lied davon singen, was es heisst, grosse Reformabstimmungen zu verlieren, kann ihr scheidender Regierungs- und Parteikollege Hansjörg Trachsel. Natürlich agierte der Volkswirtschaftsdirektor auch in anderen Fäl-

len zwar beherzt, aber nicht immer geschickt – wie etwa beim Emser Sägewerk. Als grösster «Tolgggen» in Trachsel's Reinheit wird aber die Abstimmung über die neue Tourismusfinanzierung in Erinnerung bleiben. Zur Schicksalsfrage hochstilisiert und vom Parlament mit Applaus durchgewunken, wurde das Reformprojekt an der Urne gnadenlos versenkt.

Dass sie sich mit ihren beiden grossen Reformen dem Volk stellen muss, stört Janom Steiner nicht, wie sie betont. Was den Ausgang der beiden Abstimmungen angeht, ist sie zuversichtlich. Dazu kommt, dass sie in vier Jahren wegen der Amtszeitbeschränkung nicht mehr zur Wahl antreten kann, also nicht auf Wählerstimmen schielen muss. Es geht ihr um die Sache allein. «Das ging es mir aber immer schon», betont sie. Und den Rang der ersten Bündnerin mit Bestresultat kann ihr ohnehin niemand mehr wegnehmen.